



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Anna Rasehorn, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Bayern trauert um ein kleines Kind und einen mutigen Helfer – Aufklärung und Konsequenzen aus der furchtbaren Gewalttat in Aschaffenburg, kein Zusammenwirken mit Rechtsextremen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Am 22. Januar 2025 sind in Aschaffenburg zwei Menschen auf unfassbare Weise getötet worden. Viele weitere Menschen wurden verletzt. Ein 28-jähriger Afghane hat ein zweijähriges Kind und einen 41-jährigen Mann, der helfen wollte, mit einem Messer getötet. Diese entsetzliche Gewalttat hat Bayern mitten ins Herz getroffen. Die Menschen trauern und stehen zusammen. Der Landtag trauert mit ihnen.
- Die Menschen erwarten von der Politik Lösungen. Schuldzuweisungen und Zuständigkeitswirrwarr sind nicht zielführend. Eine politische Instrumentalisierung dieser schrecklichen Tat auf dem Rücken der Opfer ist abzulehnen. Mögliche Vollzugsdefizite müssen unverzüglich aufgeklärt und abgestellt werden. Der Tatverdächtige war trotz Straftaten und psychiatrischer Auffälligkeiten auf freiem Fuß. Es bedarf einer gründlichen Fehleranalyse, aus der Konsequenzen gezogen werden. Die Zusammenarbeit aller Behörden muss reibungslos und schnell funktionieren.
- Das Sicherheitsgefühl der Menschen ist beeinträchtigt. Die Menschen in Bayern haben ein Recht auf Sicherheit. Wer nach Bayern kommt, muss sich an Recht und Gesetz halten und aktiv an unserer Gemeinschaft mitwirken. Wer schwere Straftaten begeht oder gar gewalttätig ist, muss unser Land bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen unverzüglich verlassen.
- Die SPD-geführte Bundesregierung hat seit Amtsantritt 2021 zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um irreguläre Migration zu begrenzen. Die Zahl der Zurückweisungen an den Grenzen, deren Kontrolle die Bundesministerin des Inneren und für Heimat Nancy Faeser (SPD) angeordnet hat, ist signifikant zurückgegangen. Seit dem 16. September 2024 wurden 11 675 Personen unmittelbar an der Grenze oder im Zusammenhang mit dem illegalen Grenzübertritt zurückgewiesen oder zurückgeschoben. Ebenso ist die Zahl der Asylgesuche deutlich gesunken. Sie lag 2024 um 34 Prozent unter denen des Vorjahres. Gleichzeitig hat sich die Zahl der durchgeführten Abschiebungen erhöht. Im Jahr 2024 wurden 21 Prozent mehr Abschiebungen durchgeführt als 2023. Die Bundesregierung hat ein weiteres Sicherheitspaket eingebracht, das derzeit in Bundestag und Bundesrat blockiert wird.

- Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte verbietet sich für demokratische Parteien eine Zusammenarbeit mit der AfD. Die AfD wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Der Verwaltungsgerichtshof hat tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen innerhalb der AfD festgestellt. Äußerungen von AfD-Vertretern ließen erkennen, dass ein Bedrohungs- und Schreckensszenario mit Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen muslimischen Glaubens aufgebaut werde. Ein Zusammenwirken von CDU/CSU mit der AfD im Deutschen Bundestag wäre daher ein beispielloser Tabubruch.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- im Bundesrat dem von der Bundesregierung eingebrachten Sicherheitspaket zuzustimmen,
- die Bundesregierung in ihrem Bemühen zu unterstützen, sich auf europäischer Ebene für eine schnelle Umsetzung der europäischen Asylrechtsreform einzusetzen,
- Vollzugsdefizite im Umgang mit dem tatverdächtigen Afghanen rückhaltlos und umfassend aufzuklären, Öffentlichkeit und Landtag darüber zu unterrichten und Konsequenzen hieraus zu ziehen,
- künftig Schuldzuweisungen in der Öffentlichkeit zu unterlassen und stattdessen gemeinsame Lösungen mit der Bundesregierung zu suchen,
- sich für eine Migrationspolitik stark zu machen, die menschlich ist und das Asylrecht achtet, aber die Kapazitäten im Blick hat und dafür sorgt, dass irreguläre Migration gestoppt wird und schwere Straftäter schnell abgeschoben werden,
- Polizei und Behörden so auszustatten, dass Abschiebungen beschleunigt durchgeführt werden und die Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden verbessert wird,
- über geplante Änderungen des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes zu berichten,
- die psychiatrische Versorgung in Flüchtlingsunterkünften zu verbessern,
- sich dafür einzusetzen, dass die Gefährlichkeit von Menschen, die aufgrund psychischer Erkrankungen eine Gefahr für sich und andere darstellen, von den Behörden besser erkannt und erfasst werden kann.